**Europawahl**

Von Karin Birk

Die Europawahl ist ebenso wichtig wie eine Bundestagswahl. Die meisten unserer Regeln und Gesetze werden direkt oder indirekt durch Entscheidungen in Brüssel beeinflusst. Bei der Europawahl am 26. Mai gilt keine Fünfprozent-Hürde. Gut möglich, dass auch die Freien Wähler, die ÖDP oder die Spaßpartei Die PARTEI wieder einige der gut 90 deutschen Abgeordneten stellen.

1 Wird sich Ihre Partei in Brüssel weiter für den Erhalt des Meisterbriefs starkmachen?



2 Gibt es mit Ihnen einen europäischen Mindestlohn? Was ist Ihnen in der Sozialpolitik sonst noch wichtig?



3 Wie will Ihre Partei kleine und mittlere Unternehmen fördern?



4 Wie wollen Sie den Verkehr der Zukunft gestalten? Hat der fossile Verbrennungsmotor darin noch Platz?



1 In unserem Europa ist der Meisterbrief Vorbild. Er ist Garant solider Selbstständigkeit. Wir sprechen uns für seine Stärkung aus, auch auf europäischer Ebene. Wir begrüßen, dass sich eine Koalitionsarbeitsgruppe konstituiert hat und Optionen prüft, den Meisterbrief noch in dieser Wahlperiode zu stärken.

2 Erwirtschaften kommt vor dem Verteilen. Unser Europa der sozialen Sicherheit konzentriert sich auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Dabei bleiben die sozialen Sicherungssysteme und Regeln zum Mindestlohn in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung lehnen wir ab. Sie würde zu dauerhaften Transferzahlungen innerhalb der EU führen und Anreize mindern, strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen.

3 CDU und CSU wollen den Wettbewerb in Europa stärken und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen sicherstellen. Die Unternehmensbesteuerung muss europaweit vergleichbarer werden. Wir wollen den Binnenmarkt weiter stärken, bestehende Hemmnisse abbauen, eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung sowie Bildung und Forschung in Europa aus- und Bürokratie abbauen. Zusätzlicher Aufwand der Wirtschaft für jede neue Regel muss mindestens in demselben Umfang an anderer Stelle reduziert werden.



4 Wir sichern individuelle Mobilität und setzen u.a. auf verstärkte Nutzung der E-Mobilität, des ÖPNV und der Schiene. Wir wollen die Automobilindustrie erhalten und als Innovationstreiber und Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze stärken. Bei der Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen plädieren wir für einen technologieoffenen Ansatz mit entsprechenden Rahmenbedingungen. Dazu zählt auch die Entwicklung des sauberen Verbrennungsmotors. Die ideologische Ablehnung des Diesels kommt für uns nicht in Frage.

5 Klimaschutz ist eine entscheidende Frage von Generationengerechtigkeit. Es geht darum, dass auch künftige Generationen gute ökonomische und ökologische Perspektiven haben. Wir stehen zu den EU-Klimazielen und dem Pariser Abkommen. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten.

6 Wir treten für eine Stabilitätsunion ein. Die Mitgliedstaaten müssen in der Finanzpolitik eigenverantwortlich handeln. Einen europäischen Finanzminister lehnen wir ebenso ab wie die Vergemeinschaftung von Schulden oder Risiken. Die Stabilitätsregeln müssen strikt eingehalten und durchgesetzt werden. Wir wollen Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und mehr Sanktionsmöglichkeiten schaffen. Wir brauchen zudem eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft und eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage. An der Einstimmigkeit bei Steuerfragen halten wir fest.

7 Unser Europa verbindet Ordnung und Humanität mit einheitlichen Standards. Bekämpfung illegaler Migration erfordert wirksamen Schutz an EU-Außengrenzen. Dort müssen in EU-Transitzentren Migranten registriert und ihre Identität festgestellt werden. Nicht einreiseberechtigte Personen, Personen ohne Asylgrund, ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden; ohne Papiere darf niemand einreisen. Für gesteuerte Einwanderung zugunsten von Mittelstand und Handwerk bündeln wir Regelungen im Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

8 Wir stehen für ein Europa des Wohlstands, der Sicherheit und der Freiheit. Wir wollen Europa als globalen Stabilitätsanker. Es gibt keinen Rabatt bei Grundrechten. Zeitnahe Erweiterungen sind unrealistisch; anschließend nur bei vollständiger Einhaltung aller Bedingungen denkbar. Unser Europa wird demokratischer: Wir übertragen dem Parlament das Initiativrecht. Unser Europa wird handlungsfähiger: Wir wenden vermehrt Mehrheitsentscheidungen an. Wir achten durchweg das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

Sozialpolitik, Verbrennungsmotor, Klimaschutz : Ein Vergleich der politischen Positionen zur Europawahl zeigt große Unterschiede.



1 Ja, wir werden unsere bisherige Linie weiterverfolgen. Der Meisterbrief sichert die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und ist ein Qualitätssicherungsinstrument. Durch eine Verständigung über Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung wollen wir in Europa die duale Ausbildung stärken.

2 Wir wollen den ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards in Europa beenden. In einem ersten Schritt wollen wir europäische Mindestlöhne einführen: In allen Mitgliedstaaten Europas sollen Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen.

3 Unsere KMU in Europa müssen wettbewerbsfähig bleiben, indem sie sich in Zeiten der Digitalisierung langfristig als Innovationstreiber etablieren und sich mit hochwertigen, nachhaltigen Produkten gegen Dumping-Konkurrenz von außerhalb der EU behaupten. Europa muss mehr in seine Netze und in die digitale Bildung von Arbeitnehmern investieren. Vor allem wollen wir eine aktive und strategische europäische Industriepolitik, die auch auf die spezifischen Bedürfnisse von KMUs ausgerichtet ist.

4 Mit den neuen Emissionszielen für PKW und LKW kann auch 2030 noch die Mehrzahl der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren fahren. Daneben ist u.a. eine ausreichende Infrastruktur für die ganz wichtige E-Mobilität und alternative Kraftstoffe (Ladestationen, H2-Tankstellen etc.) ein wichtiger Baustein einer Mobilitätswende. Daneben setzen wir uns für den massiven Ausbau des Bahnfernverkehrs und des ÖPNV ein. Doch auch neue Transportvisionen könnten als europäische Infrastrukturprojekte weiterverfolgt werden.

5 Der EU-Energie- und Klimarahmen 2030 stellt seit 2014 die Basis für die Klimapolitik der EU dar. Für die SPD hat das Pariser Klimaabkommen, ein Meilenstein der internationalen Klimapolitik, Priorität. Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten. Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wahren und gezielt klimaschonende Technologien fördern.

6 Ein Eurozonenbudget soll für mehr Investitionen sorgen, Produktivitätssteigerungen und die Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Der Europäische Stabilitätsmechanismus soll zu einem parlamentarisch kontrollierten Währungsfonds weiterentwickelt werden. Steuerdumping wollen wir durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer und durch Mindeststeuersätze für Unternehmen verhindern. Durch das generelle Einführen des Mehrheitsprinzips wollen wir die EU auch bei Steuerfragen handlungsfähiger machen.

7 Das Wahren des Asylrechts ist eine europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Aufnahmewillige Staaten oder Städte müssen besser unterstützt werden. Asylverfahren wollen wir vereinheitlichen und beschleunigen sowie das gemeinsame Handeln bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern stärken.



8 Die SPD will eine EU, die in allen Bereichen handlungsfähig ist und demokratisch entscheidet, in denen die Mitgliedstaaten genug Einfluss haben. Wir werden die Konsolidierung des parlamentarischen Systems mit einer Regierung und zwei gleichberechtigten gesetzgeberischen Kammern vorantreiben. Das Parlament braucht ein legislatives Initiativrecht und mehr Kontrollrechte. Auch die Mittel der EU, um überall für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, müssen effektiver werden.

1 Wir wollen die hohen Standards der beruflichen Bildung in Deutschland erhalten und kontinuierlich weiterentwickeln, um dauerhaft ihre Qualität zu sichern. Der deutsche Meisterbrief stellt unstrittig eine Säule des dualen Systems dar. Daher stehen wir seiner Abschaffung kritisch gegenüber.

2 Wir machen uns stark für eine europäische Mindestlohnrichtlinie, die allen Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen in der Europäischen Union entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes ein auskömmliches Einkommen garantiert. Außerdem setzen wir uns für eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Insgesamt stehen wir für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben.

3 Wir wollen weiterhin die europäischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß dem Small Business Act fördern und unterstützen. KMU müssen besseren Zugang zu EU-Forschungsmitteln bekommen. Zudem wollen wir über Regionalpolitik KMU insbesondere im Bereich der Digitalisierung ertüchtigen. Ein wichtiger europäischer Beitrag dafür sind qualitativ hochwertige Kompetenzzentren, sogenannte Digital Innovation Hubs, die auch den Zugang zu entsprechenden EU-Fördermitteln erleichtern.

4 Wir wollen eine moderne saubere Mobilität. Das heißt: mehr Fuß- und Radverkehr, weniger, aber saubere Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger. Wir wollen den Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte und eine Förderung der Ladeinfrastruktur. Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden.

5 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter von Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz machen. Wir wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Bis 2030 müssen 45 Prozent von Europas Energie, die wir beim Strom, der Wärme und der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050 müssen es 100 Prozent sein.

6 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung vorgeht. Einige Mitgliedstaaten haben es zum Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu machen. Europäische Antworten auf Steuerskandale wie LuxLeaks und Panama Papers hängen seit Jahren im Rat der Mitgliedsländer fest, darunter die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für Großunternehmen, die Digitalsteuer, die Umsatzsteuerreform gegen den Steuerbetrug und Sanktionen gegen Steueroasen. Deshalb müssen Steuerfragen sowie Gesetzgebung der Umwelt- und Energiepolitik mit Mehrheitsentscheid beschlossen werden.

7 Europa muss seiner humanitären Verantwortung gerecht werden. Wir wollen ein Europa, das Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen, Schutz gewährt; das seine Grenzen kontrolliert, damit wir wissen, wer kommt, sie aber nicht abriegelt; ein Europa, das Asylverfahren fair und zügig und geordnet durchführt. Europa muss das Sterben im Mittelmeer durch legale Fluchtwege beenden. Für Menschen, die zum Arbeiten kommen wollen, brauchen wir ein EU-Einwanderungsrecht. Das hilft gegen den Fachkräftemangel.

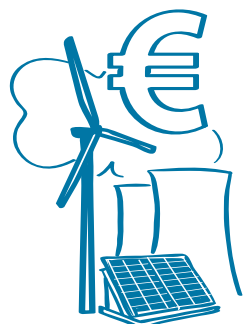
8 Wir wollen das EU-Parlament stärken. Es soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden. EU-Ausgaben müssen europäischen Werten folgen. Regierungen, die die Rechtsstaatsprinzipien grundsätzlich verletzen, sollen die Verfügung über EU-Gelder verlieren. Stattdessen soll die EU-Kommission Gelder direkt auszahlen. So verlieren gegen europäische Werte arbeitende Regierungen die Vergabemacht. Vielmehr kommt das Geld aber an, wo es gebraucht wird.

Die Zukunft in Brüssel zukommt

Unterschiede zwischen den Parteien – Alle Politiker wollen sich für kleinere Betriebe starkmachen und den Meisterbrief verteidigen



5 Wofür steht Ihre Partei beim Klima- und Umweltschutz?



6 Welche Prioritäten setzen Sie in der EU-Finanzpolitik? Befürworten Ihre Partei Einstimmigkeit bei Steuerfragen?



7 Wie will Ihre Partei mit Flucht und Migration umgehen?



8 Was bedeutet Ihrer Partei Europa? Wie soll sich Europa weiterentwickeln?



DIE LINKE.

AfD

Freie Demokraten
FDP

Illustrationen: Christian Sommer/dieLENER.de

1 Wir unterstützen nachdrücklich den Erhalt und die Stärkung des Meisterbriefs. Zu weit gehenden Liberalisierungen haben wie im Bundestag und Europäischen Parlament stets widersprochen. BAföG und Meister-BAföG müssen ausgebaut und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden.

2 Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, armutsfeste existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste, also des Medianlohns, in den jeweiligen Ländern liegen. Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherungs- und Rentenzahlungen sowie Besteuerung eines Landes dürfen nicht umgangen werden. Dafür fordern wir eine EU-verbindliche Rahmenregelung.

3 DIE LINKE tritt für gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale Produktion und Verbrauch und damit kleine und mittlere Unternehmen zu stärken. Eine sich selbsttragende Wirtschaft schützt auch Arbeitsplätze vor Ort. Förderkriterien zur Strukturmittelvergabe sind für uns deshalb das Prinzip der guten Arbeit und soziale und ökologische Standards. Wir setzen uns für die Entbürokratisierung und eine gute Informationspolitik der EU-Regionalpolitik in den EU-Mitgliedstaaten ein.

4 Wir fördern autofreie Innenstädte und investieren in Bus und Bahn. Der ÖPNV soll ticketlos, flächendeckend und gut ausgebaut sein. Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Die Eisenbahn muss zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden. Wir wollen, dass die Entscheidungsfindung auch für den Transportsektor gilt, so dass es keinen Wettbewerb nach unten bei den Arbeitsstandards und den Löhnen der Fahrerinnen und Fahrer gibt.

5 Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen bürgernah ausgebaut werden. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden, nämlich die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Dazu muss die Weltwirtschaft ab 2050 klimaneutral sein.

6 Wir wollen zukünftig die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien, indem die Staaten sich auch über die Europäische Zentralbank günstig finanzieren können. Wir fordern einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen sowie gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen. Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden durch automatische Meldepflichten für Banken, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken, verbesserte Strafverfolgung und durch Kapitalverkehrskontrollen.

7 Wir wollen einen Politikwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU und fordern daher einen Dreiklang:
1. Menschen retten, menschenrechtliche Standards an den Grenzen durchsetzen und sichere und legale Flucht- und Einreisewege schaffen.
2. Grundrechte europaweit durchsetzen und soziale Voraussetzung für Integration verbessern.
3. Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen; die Entwicklungszusammenarbeit verbessern und an den Bedürfnissen der Menschen in den Ländern ausrichten.

8 Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen kann und es soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges Haushaltsrecht bekommen. Die Bürger/-innen müssen mit Volksbegehren und Volksentscheiden Themen auf der EU-Ebene verbindlich setzen können. Sie müssen sie zur Abstimmung bringen können, wenn sie im Institutionengefüge der EU nicht durchdringen.

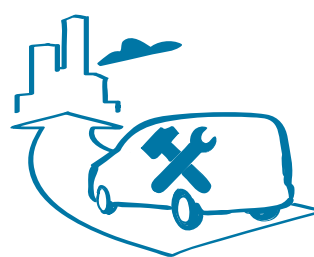


1 Ja, denn die AfD fordert, dass die Bedeutung der Handwerksberufe wieder mehr gewürdigt wird. Dazu gehört auch eine Wiedereinführung der deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe, für die diese vorzeitig abgeschafft wurde.

2 Die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte der verschiedenen EU-Länder sind unterschiedlich geregelt. Die sich daraus ergebende Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme erhalten. Erfolgreiche Länder sind Vorbild für die anderen. Keinesfalls darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen kommen, da dies eine weitere Senkung der Sozialstandards zur Folge haben wird. Die AfD lehnt die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsagentur (ELA) ab.

3 Die AfD fordert die Reduzierung des bürokratischen Aufwands und eine entsprechende Überprüfung der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergabe-Richtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der Dokumentationspflichten gerade für Kleinunternehmer. Die bisherigen Digitalisierungsinitiativen der EU sehen wir kritisch. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) steht exemplarisch für die völlige Fehlentwicklung von Regularien.

4 Für die politisch Verantwortlichen ist das Dieselvebot nur der erste Schritt zu einem vollständigen Verbot von Verbrennungsmotoren. Der Umstieg auf E-Mobilität ist für den Normalbürger aber schlichtweg unbezahlbar. Das Ziel von EU und etablierten Parteien ist die Abschaffung des Individualverkehrs für die Masse der Bevölkerung. Die AfD steht hier auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des Individualverkehrs genießen. Wir lehnen daher Fahrverbote ab.



5 Die von der EU und der Bundesregierung angestrebte Dekarbonisierung, inzwischen als „Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ propagiert, wird nicht nur zur Reduzierung unserer Wirtschaftskraft führen, sondern entwickelt sich zunehmend zu einer illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft. Ferner lehnt die AfD Maßnahmen ab, welche die Reduzierung von CO₂-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen.

6 Als loser Staatenbund hat die EU derzeit kein eigenes Besteuerungsrecht und darf somit keine „EU-Steuern“ erheben. Steuern, insbesondere solche, die ausschließlich zur Finanzierung des EU-Haushalts dienen, lehnen wir ab. Die EU soll sich wie ein Club allein aus Beiträgen entsprechend der Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten finanzieren. Die AfD fordert eine Verkleinerung des Haushaltes, mindestens um die wegfallenden Netto-Einnahmen aus Großbritannien.

7 Ausschließlich die nationalen Parlamente haben das Recht und die demokratische Legitimation, über Umfang und Zusammensetzung der Zuwanderung zu bestimmen. Die Asyl- und Zuwanderungspolitik muss daher wieder in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zurückgegeben werden. Das angestrebte Gemeinsame Europäische Asylsystem („GEAS“) lehnen wir mit Nachdruck ab. Verbindliche „Flüchtlings“-Aufnahmequoten für EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht eingeführt werden.

8 Die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen ist die Grundlage für die politische, ökonomische und soziale Stärke Europas. Wir lehnen ab, die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und eigener Regierung umzuwandeln, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Stattdessen tritt die AfD für ein Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten ein. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

1 Der Meisterbrief ist ein Garant für die berufliche Ausbildung und Qualifizierung. Die berufliche Ausbildung braucht mehr Fürsprecher auf europäischer Ebene. Wir wollen das bewährte Modell der handwerklichen Aufstiegsfortbildung und des Meisterbriefs in einem Europäischen Bildungsraum verankern.

2 Wir unterstützen einige wichtige Forderungen in der Erklärung zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Die sozialen Rechte definieren Mindeststandards, die alle Mitgliedstaaten für ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen sollen. Gleichzeitig ist und bleibt Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern Aufgabe der Mitgliedstaaten. Diese Bereiche müssen so nah an den Menschen gemacht werden wie möglich. Eine europäische Arbeitslosenversicherung und einen europäischen Mindestlohn lehnen wir daher ab.

3 Mit einer Agenda für die Fleißigen vertrauen wir Freie Demokraten auf mittelständische Unternehmen. Eine lenkende Industriepolitik zugunsten von Großunternehmen lehnen wir ab. Konkret wollen wir alle Unternehmen von Bürokratie befreien, Fachkräfte qualifizieren und endlich die Strompreise senken. Schnelles Internet muss oberste Priorität sein. Die lokalen 5G-Frequenzen für Unternehmen müssen baldmöglichst in die Vergabe und die Gebühren dafür auch für mittelständische Unternehmen tragbar sein.

4 Mit Technologieoffenheit und Wettbewerb finden wir die besten Lösungen für den Verkehr der Zukunft. Dabei wollen wir Freie Demokraten uns für bezahlbare Mobilität einsetzen, alle Verkehrsträger nach ihren Stärken fördern und die Chancen der Digitalisierung und des autonomen Fahrens nutzen. Eine einseitige Festlegung auf Elektromobilität halten wir für falsch. Innovative Kraftstoffe bieten das Potential, auch Verbrennungsmotoren in der Zukunft klimaneutral zu betreiben.

5 Beim Klima- und Umweltschutz setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen statt Verbote oder starre Ziele für einzelne Vermeidungstechnologien. Nur so gelingt die Energiewende kosteneffizient und technologieoffen. Die CO₂-Reduktionsziele für die EU müssen ehrgeizig, aber langfristig verlässlich und mit realistischem Aufwand erreichbar sein. Zentrales Instrument ist der Emissionshandel, der in Europa auf weitere Sektoren, wie Verkehr und Wärme, ausgedehnt und international vorgezogen werden muss.

6 Wir befürworten die Einstimmigkeit bei steuerpolitischen Beschlüssen der EU. Die Erhebung von Steuern soll Privileg der Mitgliedstaaten bleiben. Wir treten für einen transparenten Steuerwettbewerb, faire Besteuerung, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer und gegen Steuerhinterziehung ein. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Digitalsteuer lehnen wir ab. Zur Sicherung zukunftsweisender Investitionen und Innovationen, gerade auch für KMU, begrüßen wir die Aufstockung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen bzw. InvestEU. Förderprogramme wie „Horizont 2020“ und COSME wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Ferner wollen wir eine EU, die schuldenfrei bleibt, und einen stabilen Euro.

7 Wir wollen ein System mit humanen, fairen Regeln, das gleichzeitig steuert und ordnet. Im Rahmen eines einheitlichen europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrechts muss klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung nach einem Punktesystem unterschieden werden. Zentral sind die europäische Sicherung der EU-Außengrenzen und eine faire Verteilung von Flüchtlingen europaweit. Die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft darf dabei nicht außer Acht gelassen werden.

8 Wir Freie Demokraten sind überzeugte Europäer und wollen Europa zu einem innovativen Kontinent voller Chancen machen. Wir brauchen neue Impulse, um die weit verbreitete Skepsis gegenüber der EU abzubauen. Wir fordern mehr Bürgerbeteiligung, grundlegende institutionelle Reformen, etwa die Verkleinerung der EU-Kommission und das volle Initiativrecht für das Parlament, und Bürokratieabbau. Die EU darf sich nicht länger im Klein-Klein verlieren, sondern muss entschlossen die großen Aufgaben angehen.